

Pressemitteilung

Ökolandbau und Pestizidabgabe: Landwirtschaftsministerium muss Lebensgrundlage der Bäuer:innen schützen

Berlin, der 27.05.2025: Die Schwarz-Rote Biostrategie will mehr Ökolandbau auf den Feldern. Konkrete Ziele dazu fehlen im Koalitionsvertrag. Anders in der Biostrategie 2030, die bereits 2023 vorgestellt wurde. 30% Ökolandbau bis 2030 sollte weiter das Ziel von Minister Alois Rainer sein.

„Bis zu 70% der europäischen Flächen sind geschädigt. Versalzung, Verschmutzung und Versiegelung rauben fruchtbares Land. Parallel nimmt die Qualität von Agrarflächen durch Humusverlust, Übernutzung, und Artensterben ab. Das Landwirtschaftsministerium muss diesen Prozess gemeinsam mit den Bäuer:innen stoppen – und die Biodiversität und Bodenqualität in der Landwirtschaft steigern. Der Weg dahin führt über mehr ökologischer Landwirtschaft“ so Prof. Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin des Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW).

Mehr Bio: Auf dem Land und im Supermarkt

25% Bio-Landwirtschaft bis 2030 – so steht es in der Farm-to-Fork-Strategie der EU. Mit der Bio-Strategie 2030 hat das BMEL unter Cem Özdemir einen Fahrplan entworfen, der dieses Ziel übertreffen soll. „30% Biolandbau bis 2030 ist ein ambitioniertes, aber notwendiges Ziel. Mehr Bio bedeutet mehr Investments - in sauberes Wasser, gesunde Böden und höhere Artenvielfalt“ so Reuter weiter.

Dass Bio-Produkte auch bei Kund:innen beliebt sind, zeigen Studien des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft. Pflanzlich-vegane Bio-Milchgetränke machen 65% des Gesamtmarktes aus, Bio-Fleischersatzprodukte 24%, Bio-Milch und Bio-Eier jeweils 14%. Für die Bäuer:innen eröffnet sich ein stetig wachsender Absatzmarkt, der parallel Umwelt und Klima schützt. Bereits heute können durch den Bioanbau 1,5 Milliarden Euro an Klimafolgekosten gespart werden. Bis 2030 und mit 30% Biolandbau könnte dieser Betrag auf bis zu vier Milliarden jährlich wachsen.

Pestizidabgabe und Mehrwertsteuerreform

„Der Biolandbau liegt bei 11% in Deutschland - das ist zu wenig. Die neue Bundesregierung muss die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, biologische Landwirtschaft verbessern. Als ersten Schritt schlagen wir eine risikobasierte Pestizidsteuer vor. In Schweden und Dänemark haben ähnliche Modelle zu deutlich weniger Pestizideinsatz geführt.“ so Prof. Dr. Katharina Reuter. Des Weiteren empfiehlt der BNW eine Reform der Mehrwertsteuer, die unter anderem den Lebensmittelbereich, aber auch Reparaturen und zirkuläre Geschäftszweige betreffen soll. Nachhaltige Produkte könnten so weniger besteuert und durch eine höhere Abgabe auf umwelt- und klimaschädliche Produkte sowie Produktionsweisen ergänzt werden. „Nur so können Kund:innen frei und fair entscheiden, auf gesunde Ernährung setzen, das Klima schützen und die Grundlage unserer Landwirtschaft erhalten.“

Artenvielfalt schützt vor Wetterextremen

Ökologisch bewirtschaftete Flächen weisen bis zu 95% höhere Artenzahlen der Ackerflora auf und speichern mehr Bodenkohlenstoff. Gesunde Böden sind entscheidend, um Wetterextreme wie Starkregen und Dürren, besser auszugleichen. Wirksam ist der Bio-Anbau auch bei der Artenvielfalt. Durchschnittlich 35% mehr Feldvögel finden sich auf ökologisch bewirtschafteten Flächen. „Gesunde Bio-Böden verbessern die Lebensgrundlage von Bäuer:innen, die Lebensmittelsicherheit und die Klimafolgenanpassung. Jetzt in Bio zu investieren, hilft Bäuer:innen trotz Klimawandel erfolgreich zu wirtschaften und macht sie zu aktiven Partner:innen im Umweltschutz. Der Staat spart Klimaschadenskosten, während Kund:innen mit einer neuen Mehrwertsteuerregelungen auf pflanzliche Produkte zu günstigen Preisen kaufen können“ so Prof. Dr. Katharina Reuter abschließend.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>